

---

FDP Hochtaunus

## FDP ZU IMPFZENTREN

18.01.2021

---

Der Landtagsabgeordnete und FDP-Fraktionsvorsitzende im Hochtaunus-Kreistag Dr. Stefan Naas hat in der vergangenen Woche das Impfzentrum in Ober-Eschbach bereits besucht und sich dabei von dessen Einsatzbereitschaft überzeugt. Nun vertieft die FDP-Fraktion die Thematik zum Start der Impfkampagne weiter:

„Wir fordern die sofortige Öffnung des Hochtaunus-Impfzentrums. Der Kreis hat seine Vorbereitungen getroffen und ist startklar - da ist es völlig unverständlich, dass Impfungen zunächst nur in wenigen, weit entfernten Zentren durchgeführt werden sollen. Gerade für die zunächst zu impfende Gruppe der über 80-jährigen ist das vollends widersinnig“, so der gesundheitspolitische Sprecher der FDP-Fraktion Philipp Herbold. „Zur Bewältigung der COVID-19-Pandemie sind wir auf eine möglichst große Impfbereitschaft und im Ergebnis hohe Durchimpfung der Bevölkerung angewiesen. Dank innovativer Gentechnikforschung und mutigem Unternehmergeist steht uns erfreulich schnell hochwirksamer Impfstoff zur Verfügung, der auch ausgiebig getestet wurde. Wir müssen alle Anstrengungen unternehmen, dass die Menschen zu einer Impfung ermutigt werden, anstatt ihnen durch die große Distanz zum Impfzentrum Steine in den Weg zu legen.“

Dass die Hessische Landesregierung in einem Schreiben an die erste Impfgruppe auf Fahrdienste der Kommunen verweist, ohne diese vorab mit den Städten und Gemeinden organisiert zu haben, empfinden die Freien Demokraten als unfreundlichen Akt des Landes und der dortigen CDU/Grünen-Regierung.

Dr. Stefan Naas erklärt dazu: „Wie so häufig ist es an den Kommunen, kostenträchtige Versprechungen und organisatorische Defizite des Landes gerade zu bügeln. Das ist sehr bedauerlich. Im Dienste der Sache fordern wir die Städte und Gemeinden dennoch auf, bis zur Öffnung des lokalen Impfzentrums so schnell wie irgend möglich Fahrdienste für die über 80-jährigen nach Frankfurt zu organisieren. Eine unbürokratische Lösung

könnten zudem Taxigutscheine sein, die unter Vorlage des Impftermins durch die Kommunen erstattet werden könnten. Die finanziellen Mittel wären dann in einem zweiten Schritt durch das Land zu erstatten - schließlich hat dessen Versäumnis die Kosten ausgelöst. Auf diese Weise würde gleichzeitig der an Corona darbenenden Taxibranche geholfen. Dies alles sollte der Kreis für seine Kommunen koordinieren.“

Abschließend fordern die Freien Demokraten den Hochtaunuskreis auf zu ergründen, wie es um die ehrenamtlichen Institutionen vor Ort bestellt ist. Anknüpfend sollen Hilfsstrategien erarbeitet werden. „Das soziale und ehrenamtliche Rückgrat des Kreises ist in der Krise wichtiger denn je. Diese Menschen verdienen jede Unterstützung aus Politik und Verwaltung“, schließt Fraktionsmitglied Ulrike Schmidt-Fleischer.